

Konrad Löw

Die Würde des Menschen und der deutschen Nation



„Die Würde des Menschen...“ Dies sind bekanntlich die ersten Sätze unserer Verfassung, unseres Grundgesetzes. 2008 ist ein Buch erschienen, betitelt: „Menschenwürde. Begründung, Konturen, Geschichte“.¹ Es ist 238 Seiten stark, und fast jede Seite bietet weiterführende Hinweise. Die größeren Verfassungskommentare füllen Dutzende Seiten mit Erläuterungen zu Art. 1. Das gilt auch für die Lehrbücher zur Verfassung.

Ich erwähne das, um zu verdeutlichen, was alles in diesen wenigen Worten: „Die Würde des Menschen...“ steckt, was alles hineingelesen oder herausinterpretiert werden kann. Niemand darf deshalb hier und heute eine erschöpfende Darstellung dessen erwarten, was mit Würde, Mensch und Nation angesprochen wird.

Doch das Wesentliche lässt sich kurz fassen:

Zunächst: Wann und warum ist die „Würde“ in die Verfassung gelangt? Das Wort „Würde“ ist im verfassungsrechtlichen Vokabular ein Neuzugang.

Es taucht erstmals in der Bayerischen Verfassung des Jahres 1946 auf, und zwar unter ferner liefen, in Artikel 100, wo es heißt: „Die Würde der menschlichen Persönlichkeit ist in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung zu achten.“. Das Grundgesetz des Jahres 1949 hat ihr, der Würde, den ersten Platz eingeräumt. Andere Verfassungen sind diesem Vorbild gefolgt.

Wie kam es zu dieser verfassungsrechtlichen Revolution? Sie war die Antwort auf die Missachtung der Menschenwürde durch die totalitären Regime des 20. Jahrhunderts, insbesondere des Nationalsozialismus.

Die Würde des Menschen ist der oberste Verfassungswert. Das ist unbestritten. Solange das Grundgesetz gilt, lässt sich daran auch nichts ändern. Den Art. 1 schützt die sog. Ewigkeitsklausel. Er kann also nicht aufgehoben oder in seiner Substanz beschnitten werden. Die „Ewigkeitsklausel“ ist ihrerseits problematisch. Doch darauf können wir hier nicht weiter eingehen.

1 Gerd Bruder Müller u.a. (Hg.) Würzburg 2008.

Was soll mit „Die Würde des Menschen...“ zum Ausdruck gebracht werden? Antwort: Der Staat ist um des Menschen wegen da, und nicht der Mensch des Staates wegen. „Du bist nichts, Dein Volk ist alles!“ wird mit Art. 1 Abs. 1 negiert. Eine Entwertung des Staates und des Volkes war aber selbstredend nicht beabsichtigt.

Warum hat der Mensch Würde? Im ersten Buch des Alten Testaments heißt es gleich zu Beginn: „Dann sprach Gott: Lasst uns den Menschen machen als unser Abbild.“

Dem Neuen Testament ist die Menschwerdung Gottes zu entnehmen. Denken Sie an das Christfest! Für alle Gläubigen der monotheistischen Religionen folgt aus dem Zitierten eine solide Begründung der Würde aller Menschen.

Aber das Grundgesetz beansprucht Geltung auch für Areligiöse. Sie können die Würde aus den Fähigkeiten herleiten, die den Menschen vor dem Tier auszeichnen, die Fähigkeit des Nachdenkens, der Vorausschau, der Abstraktion, des Fragens. Die Fähigkeit zur sittlichen Entscheidung, zur Wahl zwischen Gut und Böse, wird in diesem Zusammenhang besonders betont.

Einigkeit besteht darin, dass die Würde allen Menschen zu eigen ist, der Leibesfrucht wie dem moriturus, dem Verdienstvollen wie dem Verbrecher, unabhängig von Rasse, Sprache, Heimat, Herkunft, Religion, Weltanschauung. Was folgt aus der Würde? Jeder Mensch hat einen Eigenwert. Jeder hat Anspruch auf Respekt. Doch was heißt das konkret? Darauf gibt es keine Antwort, die alle Zweifelsfälle überzeugend löst. Als zweifelsfrei verfassungswidrig gelten: Sklaverei, Völkermord, Massenaustreibung, Brandmarkung (Judenstern), Ächtung, Sippenhaft.

Unser Staat genügt seinen Pflichten aus Art. 1 Abs. 1 nicht schon dann, wenn er selbst die Menschenwürde achtet. Er muss die Menschenwürde auch schützen, muss Vorkehrungen treffen, dass die seiner Macht Unterworfenen Eingriffe in die Menschenwürde Dritter unterlassen. Diesem Zweck dient insbesondere das Strafrecht, aber auch eine Reihe von Unterlassungs- und Schadenersatzansprüchen des Zivilrechts.

Achten einerseits und Schützen andererseits geraten nicht selten in Konflikt untereinander. Denken Sie an eine Sicherungsverwahrung. Wann ist sie vertretbar? Hier muss eine Abwägung der Würde der potentiellen Opfer mit der Würde der potentiellen Täter stattfinden. Auch insofern gibt es keine Patentlösung.

Hinzu kommt, dass die Würde nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts keinen absoluten Vorrang vor allen anderen Rechten genießt, insbesondere nicht gegenüber der Meinungsfreiheit. Um ein augenfälliges

Exempel zu erwähnen: „Soldaten sind Mörder!“; diese Beschimpfung wurde vom Bundesverfassungsgericht als verfassungskonform abgesegnet. So viel in aller Kürze zu dem obersten Verfassungswert und Verfassungsgebot: „Die Würde des Menschen ist...“

Doch nun betreten wir Neuland. Der Veranstalter hat die „Würde des Menschen“ mit den Worten „und der deutschen Nation“ ergänzt. Von Nation, gar deutscher Nation ist in Art. 1 nicht die Rede, auch sonst nirgendwo im Grundgesetz. Die Kommentare und Lehrbücher äußern sich dazu ebenfalls nicht, wenn ich recht sehe. Zu deutlich und restriktiv ist der Wortlaut: „Die Würde des **Menschen** ist unantastbar.“

Aber ist nicht die Würde der Nation zugleich die Würde aller, die diese Nation bilden? Ich zögere nicht, diese Frage zu bejahen, jedoch mit der Einschränkung, dass sich niemand dank der Würde seiner Nation von Unrecht lossprechen kann und niemand allein deshalb schuldig wird, weil sich die Nation befleckt hat. Wer eine Nation beschimpft oder verleumdet, beschimpft oder verleumdet auch jene, die diese Nation bilden. Eine Nation ohne Menschen ist nicht denkbar, jedoch ein Mensch ohne Nation, auch wenn wir versucht sind, einen solchen als heimatlos anzusehen.

Was heißt „Nation“? Im deutschen Sprachgebrauch nicht genau dasselbe wie Staatsvolk. Wer zum Staatsvolk gehört, lässt sich unschwer exakt ermitteln, eben alle Staatsangehörigen. Doch Nation? Auch jene Immigranten, die, ob sie nun Deutsche sind oder nicht, die Rückkehr in ihre Heimat ersehnen? Oder denken Sie an das alte Österreich vor 1918! Da gab es ein Staatsvolk, das aus Menschen verschiedener Nationen bestand, Tschechen, Kroaten, Slowenen u.a., also ein Nationalitätenstaat.

Nach dem Ersten Weltkrieg wollten die Rest-Österreicher, die Deutsch-Österreicher, Deutsche sein. Die völkerrechtliche Vereinigung mit dem Deutschen Reich wurde ihnen jedoch verwehrt. Damals reichte also eine Nation, die deutsche, über die Staatsgrenze hinaus. Doch darauf will ich hier nicht weiter eingehen, zumal meines Wissens weder die Franzosen noch die Angelsachsen zwischen Nation und Staatsvolk unterscheiden.

Kehren wir zurück zur Frage nach der Würde der deutschen Nation. Auf Umwegen bin ich anschaulich fündig geworden, wenn auch im Ausland. Ich habe nicht ganz umsonst die Ohren steif gehalten. Im Januar dieses Jahres ging die Nachricht durch die Presse: „Der türkische Botschafter wurde in Israel öffentlich gedemütigt. Nun musste sich Jerusalem kleinlaut für den Affront entschuldigen“.² So die Meldung. Und weiter: Der Stellvertretende israelische Außenminister Ajalon hatte geglaubt, er müsse die nationale Ehre Israels

2 „Hochmut und Kniefall“ Süddeutsche Zeitung 15.01.10

dadurch wiederherstellen, dass er den einbestellten türkischen Botschafter vor laufenden Kameras anwies, auf einem niedrigeren Sofa Platz zu nehmen. Während in der Frankfurter Allgemeine Zeitung von der „nationalen **Ehre**“ die Rede war³, lautete der entsprechende Wortlaut in der Süddeutschen Zeitung „Verteidiger der nationalen **Würde**“.

Was folgt aus dieser politisch brisanten Episode?

1. Nach den Zitaten sind „Ehre“ und „Würde“ Synonyma, also Wörter mit nahezu gleicher Bedeutung. Ferner:

2. Wenn Deutschland keine Außenseiterrolle spielen will, muss es vom Ausland lernen und sich auf die Ehre, die Würde seiner Nation besinnen. Man male sich aus, wie dankbar Herr Westerwelle gewesen wäre, hätte er zu Füßen Ajalons sitzen dürfen. Zu einem weltweit vernehmbaren Protest wäre es deutscherseits bestimmt nicht gekommen. Das ist unsere Wirklichkeit.

Die deutsch-französische Freundschaft ist ein hohes Gut. Unter der Überschrift „Historische Verständigung“ schreibt Heike Schmoll in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: „Wirkliches Verständnis für die Prägungen des Nachbarlandes geben die zeitgenössischen Quellen zur gegenseitigen Wahrnehmung von Deutschen und Franzosen. Um 1900 und im Grunde bis heute gilt: ‚Der Franzose nennt mit Selbstgefühl sein Volk la grande nation, und es ist groß, insofern es Sinn für das Große hat. Die Begriffe Vaterland, Ehre, Ruhm (oder richtiger gloire) haben über ein französisches Herz eine wunderbare Macht.‘⁴ Wenn dem so ist, und wer könnte daran zweifeln, sollten wir Deutschen von unseren französischen Freunden lernen. Denn dieser Patriotismus ist offenbar segensreich, auch kinder-segensreich.

Deutschlands Schlusslichtposition in der europäischen Geburtenstatistik wird im Ausland damit erklärt: „Niemand wird sich Kinder wünschen, wenn er nicht, wenn auch nur unterbewusst, an die Zukunft glaubt, wenn er sich nicht danach sehnt, dass seine Nation und sein Vaterland über seine eigene Existenz hinaus fortbestehen.“⁵ Frankreich steht in Europa an der Spitze der Geburtenstatistik. Hat diese Diskrepanz – Frankreich einerseits, Deutschland andererseits – mit dem Selbstbewusstsein der Franzosen und dem Schuldbewusstsein der Deutschen zu tun?

Auch dem Franzosen kann es nicht gleichgültig sein, ob seine deutschen Freunde für seine nationalen Empfindungen Verständnis haben oder nicht. Und wenn die Franzosen gute Freunde sind, werden sie uns wünschen, dass auch wir Anlass sehen sehen, unsere Nation zu ehren.

3 „Auf Kollisionskurs“ Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.1.10.

4 Heike Schmoll „Historische Verständigung“ Frankfurter Allgemeine Zeitung 8.4.08.

5 Yves-Marie Laulan in: „Frankreich altert, Deutschland vergeist“ Frankfurter Allgemeine Zeitung 8.2.10.

Die Veranstaltung hier und heute steht unter dem Generalthema:
„Wie geht unsere Politik mit Deutschland um?“ – Fragezeichen!
„Freiheitlich, demokratisch, rechtsstaatlich?“ – Fragezeichen!

Schlagen wir nun die Brücke zwischen diesen Fragen und den Stichworten meines Referats „Würde des Menschen“ und „Würde der Nation“.

Es wird Sie nicht überraschen, wenn ich sage, dass die obersten Repräsentanten des deutschen Volkes bei feierlichen Anlässen den uns schon geläufigen Art. 1 gerne in den Mund nehmen.

Der Präsident des Deutschen Bundestages, Norbert Lammert, äußerte am 6. September 2008 in einer Feierstunde: „Das ursprünglich als Provisorium gedachte Grundgesetz ist heute die unangefochtene Grundlage der politischen Verfassung unseres Landes.“⁶ Kein Teilnehmer, kein Medium widersprach. Vor der Knesset in Jerusalem, also dem dortigen Parlament, beteuerte Bundespräsident Horst Köhler: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Diese Lehre aus den nationalsozialistischen Verbrechen haben die Väter des Grundgesetzes im ersten Artikel unserer Verfassung festgeschrieben. Die Würde des Menschen zu schützen und zu achten ist ein Auftrag an alle Deutschen. Dazu gehört, jederzeit und an jedem Ort für die Menschenrechte einzutreten. **Daran will sich die deutsche Politik messen lassen.**⁷ Ich wiederhole seine letzten Worte: ...

Gemäß den Fragen im Programm möchte ich nun mit dem Messen beginnen. Der Bundespräsident sprach von den Verbrechen der Nationalsozialisten. Wann begannen diese Verbrechen? Erst mit der physischen Misshandlung, Zwangssterilisierung, Vertreibung, Deportation und Vernichtung der Opfer? Oder schon mit der Diskriminierung, der Ehrabschneidung? Sind Leben, Gesundheit und Freiheit unvergleichlich ranghöher als die Ehre, die Würde? Mit bebender Stimme begründete Otto Wels 1933 namens seiner Partei, der SPD, das Nein zum Ermächtigungsgesetz: „Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.“

Gestatten Sie, dass ich Sie mit Vorgängen vertraut mache, die Sie nicht der Presse entnehmen können, die aber auf das Engste mit der „Würde des Menschen“, mit der „Würde der deutschen Nation“ und der realen Politik in unserem Lande verwoben sind. Sollte ich insofern irren, so sagen Sie es mir

6 Norbert Lammert, „Grundgesetz ist unangefochtene Grundlage des politischen Lebens“ Das Parlament – . 39/08 Dokumentation S.14.

7 Ansprache von Bundespräsident Horst Köhler vor der Knesset in Jerusalem 2.2.05, www.bundespraesident.de. Der Bundespräsidenten S. 2.

frank und frei. Ich glaube, ich spreche hier unter guten Freunden, die zu mir ehrlich sein werden.

Das amtliche Berlin, genauer: die Bundeszentrale für politische Bildung, eine unselbständige Anstalt im Dienstbereich des Bundesinnenministers, vertreibt seit knapp zehn Jahren ein Buch, das den Titel trägt: „Hingeschaut und weg-gesehen. Hitler und sein Volk“. Verfasser ein amerikanischer Historiker.⁸

Auf der Rückseite steht als Klappentext: „Der Autor... beweist stichhaltig, dass die Deutschen nicht nur von den Verbrechen der nationalsozialistischen Machthaber wussten, sondern... weit aktiver, als bisher bekannt war, mithal-fen – durch Zustimmung, Denunziation oder Mitarbeit.“

Darunter „bpb: Bundeszentrale für politische Bildung“. Sonst nichts.

Wenn dieser Klappentext der Wirklichkeit der Jahre 1933-1945 entspricht, ich wiederhole: ..., so müssen wir damit leben, mag es noch so schwer fallen. Dann sollen es auch unsere Kinder wissen, mögen noch so viele andere Völker ihre Vergangenheit schönen. Wenn die Anschuldigungen dieses Textes aber nicht zu beweisen sind, ja das Gegenteil mit einer Fülle von Dokumenten überzeugend nachgewiesen werden kann, so handelt es sich nach meiner festen Überzeugung um einen riesigen Skandal, nämlich um die Verleumdung eines Volkes mit dem Geld dieses Volkes durch den Staat dieses Volkes. Eine solche Ungeheuerlichkeit kann der Kundige nicht schweigend hinnehmen, ohne seine „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ (Präambel des Grundgesetzes) und ohne Gebote des christlichen Glaubens zu missachten, die da u.a. lauten: „Du sollst Vater und Mutter ehren...“ (deren Vorfahren sicher eingeschlossen) und: „Du sollst kein falsches Zeugnis geben wider Deinen Nächsten“ (also doch auch: Du sollst Verleumdungen entgegentreten, wenn dies Dir unschwer möglich ist).

Irgendwann im Jahre 2003 sagte mir fernmündlich Steffen Heitmann, Justiz-minister a.D. des Freistaates Sachsen, er lese gerade die Tagebücher Victor Klemperers und könne mir diese Lektüre sehr empfehlen. Dem Rat folgend, stieß ich zu meiner großen Überraschung immer wieder auf Sätze wie: „Fraglos empfindet das Volk die Judenverfolgung als Sünde.“ So reifte in mir der Entschluss, tunlichst alle Aufzeichnungen jüdischer Zeitzeugen auf ihre Erfahrungen mit den „arischen“ Deutschen durchzusehen, um zu ermitteln, ob welche und gegebenenfalls wie viele die Sicht Klemperers teilen. Inzwischen habe ich mehr als 300 solcher Dokumente aufgespürt, die von weit mehr als zweihundert dieser Leiderproben stammen. Sie alle stimmen im Kern mit

⁸ **Gellately, Robert:** Hingeschaut und weggesehen – Hitler und sein Volk. Stuttgart, München 2003. 456 S. (bpb-Schriftenreihe Band 416 (Aktuelle Literaturhinweise 2009 des bpb))

Klemperer überein, nämlich, dass die große Mehrheit der Deutschen Hitlers Judenpolitik nicht billigte und widersprechen damit dem, was uns die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und andere zu glauben vorgeben.⁹ Also habe ich den zuständigen Minister, damals Schäuble, sowie den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages auf diesen Skandal hingewiesen und mit größtem Nachdruck gefragt, wo denn diese Beweise in dem genannten Buche zu finden seien. Wie nicht anders zu erwarten, waren meine Bemühungen ohne Erfolg. So schrieb ich abschließend an die Vorsitzende des Petitionsausschusses, Frau Kersen Naumann, von „Die Linke“:

„Sicherlich sind Sie sich bewusst, dass die mir zugesandte Begründung evident unrichtig ist und nur dazu dient, ein lästiges Verfahren formal einwandfrei abzuschließen.

Da es nicht um Kinkerlitzchen geht, sondern um Ehre und Würde von Millionen, kann und darf ich nicht schweigen, sondern muss bei jeder sich bietenden Gelegenheit auf diesen Skandal hinweisen.

Die Kernsätze der Ablehnung lauten: ‚Über die Aussage auf dem Klappentext kann man nach Ansicht des Petitionsausschusses unterschiedlicher Meinung sein. Jedenfalls ist bis auf den Einschub der ursprüngliche Verlagstext übernommen worden, der verallgemeinernd und möglicherweise im Sinne der Absatzförderung etwas reißerisch aufgemacht ist.‘

Von wem der Klappentext stammt, ist unerheblich. Tatsache ist, dass ihn sich die bpb zu eigen gemacht und somit dafür geradzustehen hat.

Unerheblich ist auch, ob der Text reißerisch aufgemacht ist oder nicht. Er enthält eine ungeheuerliche Tatsachenbehauptung, nämlich den Vorwurf der Mittäterschaft der Deutschen, also doch der Mehrheit der Deutschen, an einem der schlimmsten Verbrechen in der Geschichte.

Wer einen solchen Vorwurf erhebt, muss ihn beweisen. Dazu habe ich immer wieder aufgefordert. Bis heute wurde nicht einmal der Versuch eines Nachweises vorgelegt. Ich habe den Gegenbeweis angetreten, auf den man aus guten Gründen mit keinem Wort eingegangen ist. Für mich stellt sich die Frage, ob das Verhalten der Verantwortlichen nicht geradezu kriminell ist.“ - Enttäuscht hat mich weniger das negative Ergebnis der Petition, vielmehr die Tatsache, dass sich unter allen Mitgliedern des Ausschusses nicht einer fand, der eine etwaige Missbilligung der Volksverhetzung vernehmbar gemacht hätte.

Erfreulich hingegen ein Brief des Präsidenten des Deutschen Bundestages, Norbert Lammert, den ich oben schon zitiert habe. Ihm schilderte ich meine Auseinandersetzung mit der Bundeszentrale und meine weiteren Versuche,

9 Anm. d. Red.: Konrad Löw, **Das Volk ist ein Trost** – Deutsche und Juden 1933-1945 im Urteil jüdischer Zeitzeugen, Olzog Verlag, München 2006

eine Klärung der Vorwürfe zu erreichen, also Schriftwechsel mit dem Bundesinnenminister und dem Petitionsausschuss.

Einige Sätze aus seiner Antwort:

„Ob allerdings angesichts der differenzierten Forschungslage die zuspitzende und im Indikativ gehaltene Formulierung im von der Bundeszentrale für politische Bildung verantworteten Klappentext dieser Publikation angemessen oder sachgerecht ist, erscheint auch aus meiner Sicht zumindest fraglich. Ich habe darum den Vorsitzenden des Kuratoriums der Bundeszentrale... gebeten, dass sich auch das Kuratorium... Ihres Anliegens annimmt...“

Es hat sich meines Anliegens angenommen, aber wie?

Der Bundestagsabgeordnete Ernst-Reinhard Beck schrieb mir am 6. März 2009 in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung: „Die Diskussion [über meine Kritik an dem oben zitierten Text] verlief naturgemäß kontrovers. Konsens bestand jedoch daran [sic], dass der von der Verlagspublikation übernommene Klappentext nicht die Bewertung der Bundeszentrale wiedergibt. Der am 01. 11. 2003 erschienene Band ist im übrigen inzwischen bei der Bundeszentrale längst vergriffen. An eine Neuauflage ist von Seiten der Bundeszentrale nicht gedacht.“

Fünf Tage später antwortete ich:

„Ja, ich habe den auf der Rückseite der genannten Schrift abgedruckten Text als Text der bpb aufgefasst, als Text, für den sie voll die Verantwortung trägt, wer immer ihn letztlich verfasst haben mag. Darunter steht, gleichsam als Tüpfelchen auf dem i: ‚bpb: Bundeszentrale für politische Bildung‘. Bin ich von Sinnen?

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass von einhundert Lesern auch nicht einer auf die Idee kommt, hier werde eine kühne These in den Raum gestellt, über die man sich Gedanken machen soll, die kontrovers hinterfragt werden darf. Keine Silbe spricht für eine solche Interpretation.

Warum distanziert sich die bpb erst jetzt von der angeblich falschen In-Bezugsetzung: Text-bpb? Diese unaufrichtige Verteidigung schmerzt. Ich empfinde sie, gelinde gesagt, als Zumutung.

In höchstem Maße erfreulich ist hingegen das Bemühen der bpb, sich endlich - nach jahrelangen Vorhaltungen meinerseits - von dieser furchtbaren Verleumdung des deutschen Volkes der Jahre 1933-1945 durch konkludentes Handeln zu distanzieren, indem sie die Schrift nicht erneut auflegt.

Sie schreiben, das Buch sei „längst vergriffen“. Man hat Ihnen die Unwahrheit gesagt! Warum das? Am 10. März 09 ca. 10.50 Uhr, also 4 Tage nach dem Datum Ihres Briefes, erhielt ich fernmündlich von der bpb in Bonn die Auskunft, für € 4 Porto könne ich das Buch beziehen, so wie früher. Werden sogar die Mitglieder des Kuratoriums hinters Licht geführt?

Wie groß ist die noch vorhandene Restmenge? Wie viele Auflagen gibt es? Wie viele tausend Exemplare wurden insgesamt vertrieben? Mein Aufsatz „Deutsche Identität in Verfassung und Geschichte“¹⁰ wurde von eben dieser bpb mit lautem Tamtam makuliert – nicht etwa diskutiert!

Überall, wo ‚Hitler und sein Volk‘ herumliegt, lagert geistiger Giftmüll. Da kann man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Es müsste plakativ die Wahrheit gesagt werden. Da Sie der CDU angehören und ich seit Erlangung des aktiven Wahlrechts (1952) die Kanzler dieser Partei mittelbar gewählt habe, will ich meine Anregung mit einer Episode aus dem Leben des großen Vorsitzenden Adenauer verdeutlichen: Als der israelische Außenminister¹¹ Levi Eschkol in einem Trinkspruch zu Ehren des deutschen Gastes glaubte sagen zu dürfen, ‚das deutsche Volk [sei] unter Ihrer Führung in die Gemeinschaft der zivilisierten Völker‘ zurückgekehrt, antwortete Adenauer: ‚Ich repräsentierte das deutsche Volk, Sie haben es beleidigt, also reise ich morgen früh ab.‘ Resultat: Der Satz wurde sofort aus dem Text, der für die Presse bestimmt war, eliminiert.

Unvorstellbar, dass die bpb diese Episode groß herausstellt und würdigt. Wie hätten sich die Nachfolger an Adenauers Statt verhalten? Hätte Adenauer in der KAS heute Hausverbot? Weil ich, gestützt auf die jüdischen Zeitzeugen, seine Sicht vertrete, das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit habe Hitlers Judenpolitik nicht gutgeheißen, wurden viermal Veranstaltungen der KAS, auf denen ich hätte sprechen sollen, abgesagt! Das ist Deutschland im 60. Jahr nach Inkrafttreten des Grundgesetzes, der ‚unangefochtenen Grundlage der politischen Verfassung unseres Landes‘ (so der Präsident des Deutschen Bundestages). Videant consules!“

Dies also meine Antwort an den Vorsitzenden des Kuratoriums. der Bundeszentrale für politische Bildung.

Anfang dieses Jahres teilte mir ein guter Bekannter mit, dass das fragwürdige Buch immer noch von der Bundeszentrale vertrieben wird, für mich Anlass, mich erneut, und zwar letzte Woche an den Bundestagspräsidenten zu wenden:

„Hochverehrter Herr Präsident,

in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum Tag des Gedenkens der Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2010 führten Sie aus: ‚Wir erneuern unser Versprechen, dass wir das, was in der Vergangenheit geschehen ist, nicht vergessen. Wir wissen um die Verpflichtung, jede Form von Hass, Intoleranz, Diskriminierung... entschieden zu bekämpfen.‘

Diese feierliche Versicherung gibt mir den Mut, mich nochmals klageführend an Sie zu wenden. Auf meine Bitte hin haben Sie sich an den Vorsitzenden

10 Darin hatte ich, ohne das Buch Gellatellys zu kennen, u. a. dessen Thesen widerlegt.

11 Anm. d. Red.: Er war Ministerpräsident; siehe Fußnote 18 der Einführung.

des Kuratoriums der Bundeszentrale für politische Bildung gewandt, es möge sich meines Anliegens annehmen (Ihr Schreiben an mich vom 16.10.08).

Die Reaktion des Vorsitzenden und meine Erwiderung habe ich Ihnen als Anlage zu meinem Schreiben vom 12.03.09 zukommen lassen.

Im Schreiben des Vorsitzenden vom 6.03.09 steht: ‚Der am 01.11.2003 erschienene Band ist im übrigen inzwischen bei der Bundeszentrale längst vergriffen. An eine Neuauflage ist von Seiten der Bundeszentrale nicht gedacht.‘

Tatsache ist jedoch, dass das Buch auch heute noch vertrieben wird, die Diskriminierung des deutschen Volkers also ungebremst fortgesetzt wird.

Ich erlaube mir, mein Büchlein ‚Hitler in uns? Vom richtigen Umgang mit unserer Vergangenheit‘ beizufügen, das 2009 erschienen ist¹². ‚Hitler in uns‘ stammt von dem Juden Ludwig Marcuse, der die NS-Zeit, anders als seine Schwester Edith, überlebt hat. Ich darf auf seine Ausführungen S. 34 verweisen. Darüber lohnt es sich nachzudenken. Wie er sehe auch ich „Hitler“ in allen, die skrupellos mit dem Vorwurf schwerster Schuld hantieren.

Bitte, bitte, lassen Sie den großen Worten Taten folgen!“

Dies der Text meines Briefes, den ich, wie erwähnt, letzte Woche an den Herrn Bundestagspräsidenten abgeschickt habe.

In seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1999 empfahl Fritz Stern, auch ein jüdischer Zeitzeuge: „Ich würde mir für dieses Land eine gerechte, liberale Streitkultur wünschen: offene Debatten um die heikelsten Probleme von Gegenwart und Vergangenheit, Diskussionen ohne Ad-hominem-Verdächtigungen, ohne verletzende, vage Andeutungen, wie es zum Beispiel im sogenannten Historikerstreit passiert. Verschweigen ist gefährlich: Ressentiments nisten in der Gesellschaft; bleiben sie unausgesprochen, dringen sie noch tiefer...“¹³ So weit Fritz Stern. Das Verhalten unserer Vorfahren 1933-1945 ist eines der „heikelsten Probleme von Gegenwart und Vergangenheit“, um Sterns Worte aufzugreifen. Werden die Mächtigen den Dialog mit den Zeitzeugnissen wagen? Vor allem der Menschenwürde wegen sind sie und wir alle dazu verpflichtet. Stehen wir auch dann auf dem Boden des Grundgesetzes, wenn wir uns im Alltag dieser Herausforderung versagen?

12 Anm. d. Red.: Konrad Löw, **Hitler in uns?** Vom richtigen Umgang mit unserer Vergangenheit, Manuscriptum Verlagsbuchhandlung 2009

13 Fritz Stern „Warum nicht endlich eine deutsche Demokratie?“ Frankfurter Allgemeine Zeitung 18.10.99.